Mitglieder des Berner Stadtrats wollen sich vor Deepfakes und Hassrede schützen

Kameras im Stadtparlament Die Sitzungen der Stadträtinnen und Stadträte sollen künftig gefilmt werden – jedoch mit einer Ausnahme. Ist das Selbstschutz oder Zensur?

Bernhard Ott

Nächste Woche entscheidet der Berner Stadtrat, ob seine Sitzungen nicht nur per Ton, sondern auch per Bild übertragen werden sollen. Bei der Vorlage fällt auf, dass Mitglieder für ihre Voten das Ausschalten der Kamera verlangen können. «Das Bedürfnis kann private Gründe haben, aber auch ein öffentliches politisches Stalking ist als Grund denkbar», lautet der Antrag der Geschäftsprüfungskommission (GPK).

Ein solcher Vorbehalt ist speziell. Er sei im schweizerischen Parlamentarismus «eher die Ausnahme», sagt Politikwissenschaftler Michael Strebel.

> «Das Ausschalten der Kamera ersetzt keine gezielten Massnahmen gegen Drohungen.»
>
> **Michael Strebel**
> Politikwissenschaftler



Ton ja, Video nein? Das Berner Stadtparlament will sich vor Fakevideos und Hatespeech schützen. Foto: Beat Mathys

Anfeindungen als Courant normal

Der Antrag gehe nicht auf einen konkreten Anlass zurück und habe sich aus der Diskussion ergeben, sagt Kommissionspräsidentin Ursula Stöckli (FDP). Dabei sei es unter anderem um Deepfakes gegangen.

Mit Ton und Bild sei es ein Leichtes, Bilder oder Aussagen einer Person in eine andere Situation zu kopieren, um eine Fälschung (Deepfake) zu erstellen, sagt Stöckli.

Die Befürchtungen sind nicht aus der Luft gegriffen, wie etwa die strafrechtlichen Ermittlungen gegen SVP-Nationalrat Andreas Glarner zeigen. Glarner hatte im Wahlkampf 2023 Aussagen seiner grünen Ratskollegin Sibel Arslan in einem mittels KI erstellten Video in ihr Gegenteil verkehrt und ins Netz gestellt.

Der ruppige Umgangston auf nationaler Ebene überrascht kaum. «Für nationale Parlamentsmitglieder gehören Anfeindungen zum Courant normal», hält eine letztes Jahr veröffentlichte Studie des soziologischen Instituts der Universität Zürich fest. Sie basiert auf einer Onlinebefragung von über 3500 Parlamentsmitgliedern aller Stufen.

Betroffen sind laut Studie aber auch Mitglieder von kantonalen und städtischen Parlamenten. So sind 59 Prozent der Mitglieder städtischer Legislativen häufig Zielscheibe von Anfeindungen. Frauen, Vertreterinnen linker Parteien und Angehörige von Minderheiten seien dabei besonders betroffen.

Barbara Keller (SP): «Onlinehass ist ein Thema»

Eine der Betroffenen ist Stadträtin Barbara Keller (SP). «Onlinehass ist ein Thema bei mir.» Insbesondere bei Migrationsthemen und feministischen Anliegen «wird der Ton schnell schärfer, und die Kommentare werden teilweise sehr gehässig».

Sie begrüsse die Videoübertragung und sei grundsätzlich überzeugt, dass diese die Zugänglichkeit der Politik verbessere. Videos machten es leichter, Voten zu teilen und damit mehr Menschen Einblicke in die politische Arbeit zu ermöglichen. Aber das Missbrauchsrisiko müsse man ebenfalls ernst nehmen. Daher sollte es möglich sein, die Kamera in begründeten Fällen auszuschalten.

Keller ist eines der wenigen Ratsmitglieder, die sich in einer Umfrage des Onlinemediums «Hauptstadt» im Berner Stadtrat namentlich über Anfeindungen geäussert haben. Darin gaben 37 der 58 antwortenden Mitglieder an, mindestens einmal im Internet Beleidigungen, Belästigungen oder Bedrohungen ausgesetzt gewesen zu sein.

Auch SVP-Stadtrat Janosch Weyermann liess sich direkt zitieren. Er gab an, in Tram und im Bus gelegentlich mit «Schlämperlige» konfrontiert zu werden.

Im Unterschied zu Keller findet er die Möglichkeit zum Ausschalten der Kamera aber unnötig. «Ich bin gegen Zensur.» Vor einem Missbrauch der Videoübertragung durch Fakefilmchen hat er keine Angst. «Dafür ist die Bedeutung des Berner Stadtrats zu gering.»

Die Videoübertragung von Ratsdebatten sollte «der Regelfall sein», weil sie die «Sichtbarkeit der Ratsarbeit» erhöhe, sagt Politikwissenschaftler Strebel. Das Schutzbedürfnis der Mitglieder müsse aber auch ernst genommen werden. Das Ausschalten der Kamera ersetze jedoch keine «gezielten Massnahmen gegen Drohungen».

Gemäss der erwähnten Studie werden Kommunalpolitikerinnen und -politiker nicht «nur» von aussen, sondern auch «relativ häufig» von anderen Parlamentsmitgliedern angefeindet. Daher spricht sich eine knappe Mehrheit der antwortenden Mitglieder von Lokalparlamenten für den Ausbau von Verhaltensregeln für Debatten aus.

Mit Abstand die grösste Wirkung versprechen sich Politikerinnen und Politiker aller Staatsebenen aber von einer stärkeren Regulierung von Social-Media-Unternehmen.